



## Weltläden erhöhen die Standards

Von Martin Ling

Sie sind die Pioniere des Fairen Handels: Die Weltläden, die ab den 70er Jahren entstanden. Längst bevor es Bio-Supermärkte gab oder konventionelle Supermärkte Produkte aus Fairem Handel ein wenig Platz in den Regalen einräumten, machten sich die inzwischen an 450 Standorten zu findenden Weltläden daran, das Prinzip des Fairen Handels in die Praxis umzusetzen. Das bedeutet: Ihre ErzeugerInnen erhalten faire Preise, die ihnen ein Leben in Würde ermöglichen. Was in deutschen Ohren halbwegs selbstverständlich klingt, ist es faktisch überhaupt nicht: Die Erlöse für viele Produkte aus dem Süden sind im freien Welthandel so

niedrig, dass Kleinproduzenten kaum davon leben können. Und es gibt nicht einmal einen Staat, der skandalöse, nicht existenzsichernde Löhne wenigstens aufstockt.

Trotz der »Konkurrenz« von Supermärkten, die Produkte aus dem Fairen Handel aus Gründen der gestiegenen Konsumentennachfrage anbieten und nicht aus Überzeugung, haben sich die Weltläden gehalten. Damit das so bleibt, haben sie nun internationale Standards eingeführt. Sie unterwerfen sich künftig dem »WFTO Garantie System« der World Fair Trade Organization. Diese schreiben vor, dass alle an der Wertschöpfungskette Beteiligten sich

dem Fairen Handel verschrieben haben und Akteure des Fairen Handels sind – vom Produzenten über den Verarbeiter bis hin zum Handel. Lidl, Aldi und Co. haben da keine Chance.

Weltläden haben den Anspruch zu zeigen, dass die Idee der »nachhaltigen Entwicklung« und die Sicherung der Lebensgrundlage für künftige Generationen nicht nur etwas für die Weltpolitik ist – sondern auch für den Frühstückstisch. Das den Xhosa entlehnte Motto des Weltladens in Pankow steht dafür stellvertretend: »Viele kleine Leute, an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Antlitz dieser Welt verändern.«

# Solidarität statt Kommerz

Günter Könsgen über 50 Jahre Deutscher Entwicklungsdienst und die Herausforderungen für die Zukunft



**Günter Könsgen** ist Maschinenbauingenieur und ging 1967 als Entwicklungshelfer (Lehrfähigkeit in Pädagogischer Hochschule/Fachbereich Technik) für zwei Jahre nach Peru. Anschließend war er bis zum Eintritt in die Rente 2008 in unterschiedlichen Funktionen für den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Deutschland und Ländern Lateinamerikas tätig. Zum 50-jährigen Jubiläum des DED sprach mit **Könsgen** für »nd« **Martin Ling**.

Foto: privat

● *Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) wurde am 24. Juni 1963 gegründet. Für mehr als 750 ehemalige Entwicklungshelfer/-innen (EH) war das Ende Mai Grund zum Feiern. Dabei ist doch der DED seit der Fusion von GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit), InWent (Internationale Weiterbildung und Entwicklung) und DED zur GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) Anfang 2011 mehr oder weniger Geschichte, oder?*

● *Von der Idee eines neuen Entwicklungsdienstes dürfte Entwicklungsminister Dirk Niebel nicht zu überzeugen sein. Er hält die Fusion für das Glanzstück seiner Amtszeit. Wie bewerten Sie die Zusammenlegung der drei Organisationen?*

Definitiv anders. Die GIZ ähnelt nicht nur dem Namen nach der GTZ, sondern die GTZ-Strukturen sind handlungsleitend für die GIZ. Dabei kommen die DED-Programme mehr und mehr unter die Räder. Von den fünf Programmen zum Zeitpunkt der Fusion sind bereits drei abgewickelt. Geblieben ist die Entsendung von Friedensfachkräften und von Entwicklungshelfern.

● *Wie steht es um das DED-Kerngeschäft, die Entsendung von Entwicklungshelfern?*

Das geht unter anderen Vorzeichen weiter. Die GIZ setzt Entwicklungshelfer nur noch in ihren Vorhaben ein, die im Rahmen der Auftragsvergabe durch das Entwicklungsministerium (BMZ) realisiert werden. Planungsprozesse laufen dabei häufig von oben nach unten (Ihr habt ein Problem – wir haben die Lösung), es werden

Fremdstrukturen aufgebaut und große Teile des Projektbudgets werden für das eigene Personal und den Apparat aufgewandt – kommen also nicht bei Partner und Zielgruppe an. Eigentlich lauten die Vorgaben des BMZ, Partnerstrukturen zu stärken und Organisationsentwicklung zu betreiben, um dann, wenn das GIZ-Vorhaben zu Ende ist, eine nachhaltige Weiterentwicklung zu gewährleisten.

● *Wie viele Mitarbeiter sind für die GIZ auf Grundlage des Entwicklungshelfer-Gesetzes noch unterwegs?*

Die Zahl geht zurück, von etwa 1100 zum Zeitpunkt der Fusion auf unter 700. Es gibt zwar eine Weisung des BMZ, diese Zahl wieder aufzustocken. Aber das ist nicht der Dienst, den wir uns vorstellen. Wichtige Elemente und Kriterien, die früher beim DED gepflegt wurden, sind inzwischen obsolet. Jetzt handelt es sich um Fachkräfte, die nur noch im Rahmen der GIZ-Vorhaben eine sehr genau vorgeschriebene Rolle erfüllen. So fehlt ihnen die Möglichkeit, sich voll in die Partnerstrukturen zu integrieren. Das war im DED-Ansatz sehr wichtig. Unter dem neuen Stellenprofil leidet die Nähe zur Zielgruppe. Und durch die enge Rollenbeschreibung gehen für Entwicklungshelfer Handlungsspielräume verloren, wo sie früher kreativ und innovativ zusammen mit den Partnern Lösungen für vorhandene Probleme entwickeln konnten. So bleibt die Ausfüllung des dem Entwicklungshelfer-Gesetz zugrunde liegenden Leitspruches »solidarisches Lernen und Helfen« auf der Strecke.

● *Das ist eine düstere Bestandsaufnahme. Was will der seit fünf Jahren aktive DED-Freundeskreis dem entgegensetzen?*

Unser Grundanliegen entspricht dem Titel unserer Pressemitteilung

im Anschluss an das Jubiläumstreffen in Werbellin: »Entwicklungshelfer fordern Solidarität statt Kommerz in der Entwicklungszusammenarbeit.« Gerade unter der derzeitigen Leitung des Ministeriums hat man ja häufig den Eindruck, dass es um Außenwirtschaftsförderung geht und nicht um Entwicklungszusammenarbeit.

Wir müssen uns Gedanken machen, einen neuen Entwicklungsbegriff zu formulieren und auch zu gebrauchen. Entwicklung hat noch immer diesen Klang, wie wir entwickeln euch, ihr seid unterentwickelt. Das gehört in die Motte. Dankenswerterweise hat es in vielen Ländern des Südens und des Südostens einen Prozess gegeben, der einen neuen Entwicklungsbegriff nötig macht, besonders für einen Dienst, wie wir ihn uns vorstellen. Zumindest muss man einen globalen Ent-

wicklungsbegriff und nicht einen Nord-Süd-Entwicklungsbegriff definieren. Wir würden auch eher von solidarischem Dialog und Austausch reden.

● *Was bedeutet das in der Praxis?*

Ein wichtiges ganz neues Element wäre, dass wir nicht nur Fachkräfte aus dem Norden in den Süden vermitteln, sondern in gleicher Weise und Größenordnung vom Süden in den Norden. Gemeinsam arbeiten, lernen und für eine friedliche und gerechte Welt ohne Armut streiten und das vorwiegend eingebunden in Organisationen der Zivilgesellschaft im Süden wie im Norden. Wir wollen eine zivilgesellschaftlich basierte Trägerstruktur, die öffentlich mitfinanziert wird. Das könnte zum Beispiel ein Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen

sein, die an einem solchen Personalaustauschprogramm interessiert sind.

● *Sind Sie trotz der Ausgangslage optimistisch, eine Neugründung hinzukriegen?*

Wir arbeiten daran. Wir sind institutionell als kleiner Freundeskreis nicht in der Lage, eine solche Neugründung zu schultern. Wir sind Ideengeber, wollen einen Dialog anstoßen und müssen ganz viele Menschen gewinnen insbesondere aus der Zivilgesellschaft und nach der Bundestagswahl auch aus der Politik. Das ist nicht ganz einfach, weil außer der LINKEN alle Parteien dieser Fusion zugestimmt haben. Inzwischen sind aber zumindest bei den Grünen und der SPD einige hellhörig geworden und beobachten die Ergebnisse der Fusion kritisch und mit Sorge.



Kleinunternehmerförderung in Ghana: Der Deutsche Entwicklungsdienst war immer um Augenhöhe bemüht. Foto: DED

## »Lieber grabe ich ein Loch im Boden«

Südafrikaner machen sich ihrem Unmut über unzureichende Sanitärversorgung Luft

Von Markus Schönherr, Kapstadt

Es gehört zu den Unterpunkten der Millenniumsziele: Die Zahl derer ohne Sanitärversorgung von 1990 bis 2015 zu halbieren. Die bisherigen Anstrengungen reichen dafür nicht aus und auch in Südafrika liegt noch viel in Sachen Sanitärversorgung im Argen. Das erregt Unmut.

Wo Politiker mit Fäkalien beworfen werden, ist die Wut groß: Jüngst traf es den Konvoi der Premierministerin der Provinz Westkap bei einer Tour durch Südafrikas zweitgrößtes Township, Khayelitsha. Die Demonstranten bewarfen Hellen Zilles BMW mit dem Inhalt mobiler Toiletten, um auf ihre miserable sanitäre Lage aufmerksam zu machen.

Zille war im Zuge einer Umweltkampagne in der Armensiedlung unterwegs. Auf Rat der Polizei brach sie ihre Rede jedoch vorzeitig ab und verließ die Gemeindehalle durch den Hintereingang. Der Haupteingang war bereits mit Exkrementen zugesperrt. Um die Menge auseinanderzutreiben,

setzten die Sicherheitskräfte Tränengas ein.

Khayelitsha ist das Zuhause von mindestens 1,5 Millionen Menschen. Zugang zu einer sauberen Toilette haben aber nur die wenigsten. Meist steht für drei bis sechs Wellblechschuppen nur ein mobiles Toilettenhäuschen bereit. Die Provinzregierung versucht mit der Verteilung kleiner, tragbarer Klos die Situation zu verbessern.



Besser als mobil: Stilles Örtchen im Township Khayelitsha Foto: AFP/Bosch

Aber auch diese Toiletten verschaffen den Bewohnern kaum Erleichterung: »Lieber grabe ich ein Loch im Boden. Das ist besser als ein stinkendes Mobilklo in meinem Wohnzimmer zu haben«, zitiert die südafrikanische Tageszeitung »Cape Times« einen Bewohner Khayelitshas.

Wie könne man eine Toilette im Wohnzimmer in Würde benutzen, wenn der Rest der Familie zusehe?

Dieser unangenehmen Frage musste sich Kapstadts Bürgermeisterin, Patricia de Lille, bei einer Pressekonferenz stellen. Eine weitere Bewohnerin Khayelitshas klagte, sie müsse sich eine Toilette mit ihren sieben Enkeln teilen und der 21-Liter-Tank sei nach einem Tag voll. Von der Südafrikanischen Menschenrechtskommission heißt es: »Wir stimmen nicht mit der Bürgermeisterin überein, dass die Menschen ihre Toiletten gerne benutzen. Mobile Toiletten müssen ausgemerzt werden.«

Dabei können sich Khayelitshas Bewohner noch glücklich schätzen, sieht es im übrigen Südafrika noch schlimmer aus. De Lille zufolge haben 97 Prozent der Haushalte Kapstadts und der umliegenden Townships Zugang zu Toiletten. In Südafrika liegt die Zahl laut offizieller Statistik bei 91 Prozent. Jedoch kritisiert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) diese Zahl, da sie Übergangslösungen und Latrinen miteinrechnet. Der WHO zufolge hätten heute nur 79 Prozent der Südafrikaner Zugang zu Sanitäranlagen. 2004 versprach

der damalige Präsident Thabo Mbeki sauberes Wasser und Toiletten für alle Südafrikaner innerhalb von fünf Jahren. Doch davon ist das Land noch heute weit entfernt. Mitschuld daran ist das Erbe der Apartheid, denn laut einer Studie von 2006 wären beim Übergang zur Demokratie 20 Millionen ohne Sanitäranlagen gewesen. Seitdem verlief die Entwicklung extrem langsam. Auf eine Toilette kommen heute durchschnittlich fünf Haushalte.

Im Mai starben in der Provinz Nordkap fünf Kinder binnen zwei Wochen an Diarrhoe. Weltweit seien es laut UNO mindestens 7500 Menschen, die jeden Tag infolge unzureichender Sanitäranlagen ums Leben kommen. 2001 wurde der Welttoilettag ins Leben gerufen, um mit dem »Tabu zu brechen«, welches über diesem Thema hänge. Es sei schuld daran, dass Sanitäranlagen am meisten bei der Erreichung der Millenniumsziele vernachlässigt würden, meint Catarina de Albuquerque, UN-Beauftragte für Trinkwasser und Sanitärversorgung.

### Action

**MEXIKO** – »Film: Wenn das Land zur Ware wird«. In Anwesenheit des Regisseurs Luz Kerkeling zeigen wir den neuen Dokumentarfilm [Mexiko/D 2013] vom Münsteraner Bildungsverein Zwischenzeit e.V., der die Bedrohung der indigenen Gemeinden in Südamerika durch Monokulturen, Zwangsumsiedlung, Tourismusprojekte und Gewalt thematisiert. 26. Juni, 19 Uhr, Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal.

**AFRIKA** – »50 Jahre Afrikanische Union – Leistungen und Perspektiven«, Referent: Dr. Fekadu Bekele, Volkswirt und Entwicklungsökonom, 28. Juni, 18 Uhr bis 20 Uhr, Afrika-Haus Berlin, Bochumer Str. 25, 10555 Berlin.

**HONDURAS** – »Film: ¿Quién dijo miedo?« Am 28. Juni 2009 wurde der honduranische Präsident Manuel Zelaya durch einen zivil-militärischen Putsch entmacht und nach Costa Rica ausgeflogen. Der Film zeigt die Ereignisse von vor vier Jahren und macht den Widerstand der Bevölkerung gegen den Putsch sichtbar. 28. Juni, 19 Uhr bis 22 Uhr, FDCL/LN (Mehringhof, Aufgang 3, 5.Stock, Gneisenaustraße 2a).